

FRAGEN AN DIE ABGEORDNETEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

GRG 7 Kandlgasse, Wien, Klasse 7b

Kontaktperson: hei@grg7.at, office@europify.at

- Wann kommt Albanien in die EU?

Seit längerer Zeit sind die demokratischen und wirtschaftlichen Fortschritte durch Reformen in Albanien erkennbar. Daher darf die EU in den Beitrittsverhandlungen nicht weiter auf die Bremse steigen und in weiterer Folge ihre Glaubwürdigkeit am Westbalkan verspielen. Denn eine gemeinsame Perspektive für diese Region muss im Vordergrund stehen.

Im März vergangenen Jahres konnte man einen ersten Etappensieg erreichen. Denn eine politische Einigung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien konnte im Europäischen Rat erreicht werden.

Im März 2021 wurde im Europäischen Parlament über die Fortschrittsberichte für Albanien, Nordmazedonien und Kosovo abgestimmt. Als Europäisches Parlament konnten wir ein wichtiges Signal an den Westbalkan sowie an den Europäischen Rat senden, die EU-Beitrittsgespräche nicht länger zu verzögern. Ein rascher EU-Beitritt wäre gerade für junge Menschen in Albanien ein wichtiges Zeichen.

- Wieso gibt es nicht mehr Gesetze für den Klimawandel?

Die Bekämpfung des Klimawandels hat oberste Priorität. Daher braucht es konkrete Maßnahmen damit die EU bis zum Jahr 2030 seine CO₂-Emissionen bis zu 55 % senken kann und schließlich bis zum Jahr 2050 klimaneutral ist. Daher haben wir im Europäischen Parlament über das Klimagesetz abgestimmt. Dieses Klimagesetz ist die gesetzliche Grundlage für den Weg zur Klimaneutralität und beinhaltet die Einführung eines EU-Treibhausgasbudgets für nachhaltige Investitionen zur Reduktion von Emissionen und einen neuen wissenschaftlichen EU-Klimabeirat, der Kontrollbefugnisse gegenüber der EU-Kommission und Mitgliedstaaten hat. Das ist ein wichtiger Hebel, damit die Verpflichtungen auch tatsächlich eingehalten werden. Im Rahmen des Green Deals wird die EU-Kommission auch im Juli 2021 das umfassende Maßnahmenpaket „Fit for 55“ präsentieren. Ziel des Gesetzespaketes ist es die Klimaziele der EU zu erreichen. Ein wichtiger Teil des Pakets sind unter anderem die

Etablierung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Dieser dient dazu, dass EU-Unternehmen trotz verschärften Klimaschutzanforderungen ihre Wettbewerbsfähigkeit am globalen Markt halten können.

- Was macht man als Abgeordneter und wie schaut der Alltag aus?

Das Europäische Parlament ist die einzige EU-Institution, die direkt von den Bürger*innen gewählt wird. Als Abgeordneter zum Europäischen Parlament vertrete ich ihre Interessen und wirke an der Gesetzgebung auf europäischer Ebene mit.

Durch das sehr internationale Umfeld, der sprachlichen und geografischen Vielfalt ist der Alltag sehr abwechslungsreich und spannend. Als Abgeordneter arbeitet man in unterschiedlichen thematischen Ausschüssen mit, in denen wir uns mit Gesetzesvorschlägen befassen, die nach Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Fraktionen im Rahmen der Plenartagungen verabschiedet werden. Bei den Plenartagungen kommen alle 705 Abgeordnete zusammen, um über europäische Gesetze abzustimmen und zu diskutieren. Die Plenartagungen finden 12-mal im Jahr in Straßburg statt. Des Weiteren beschäftigen wir uns mit aktuellen politischen Entwicklungen und Herausforderungen in Europa und weltweit, wie zum Beispiel dem Abbau der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, die Demonstrationen der Opposition in Weißrussland oder Arbeitnehmer*innenrechte in Fabriken in Bangladesch. So können wir Aufmerksamkeit erzeugen und die Themen auf die politische Agenda setzen. Außerdem kooperiere ich als EU-Abgeordneter für gemeinsame Anliegen in unterschiedlichen Inter- und Freundschaftsgruppen. Diese interfraktionellen Arbeitsgruppen dienen zum informellen Austausch, um wichtige Anliegen der Zivilgesellschaft voranzubringen und dafür eine breite fraktionsübergreifende Allianz zu bilden. Neben diesen Formaten gibt es auch noch die so genannten Delegationen. Dadurch wollen wir die Beziehungen zu Nicht-EU-Ländern vertiefen und verfolgen das Ziel, die Zusammenarbeit und den regelmäßigen Austausch zu stärken. In diesem Zusammenhang ist für mich der Westbalkan als Vorsitzender für die EU-Nordmazedonien Beziehungen eine besondere Herzensangelegenheit.

Als österreichischer Politiker und als Bundesvorsitzender der Naturfreunde Österreich und begeisterter Outdoor-Sportler bin ich abseits von Brüssel auch in ganz Österreich unterwegs und darf mich mit vielen Menschen über ihre Anliegen und Verbesserungsvorschläge für die EU austauschen. Ebenso versuche ich über meine Social Media Kanäle einen Einblick in meine Arbeit und Europapolitik zu geben.

- Welche Ziele hat die EU für jetzt und für die Zukunft?

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine wichtige Initiative. Und zwar nicht nur für die künftige Funktionsweise der Europäischen Union, sondern auch für die Bürger*innen, die endlich in Form von digitalen Plattformen und einer Teilnahme an Sitzungen an europäischer Politik mitwirken können. Die Konferenz soll einen partizipativen Ideenaustausch über die Gestaltung der Zukunft Europas ermöglichen. In den Plenarversammlungen zur EU-Zukunftskonferenz vertrete ich mit meiner Kollegin Ab.z.NR Eva Maria Holzleitner die Positionen der österreichischen Sozialdemokratie. Die Konferenz muss genutzt werden, um die großen und drängenden Probleme in Angriff zu nehmen. Gerade angesichts der Pandemie-Krise ist die Spaltung Europas in Arm und Reich noch dramatischer geworden. Dementsprechend brauchen wir eine sozialere Ausrichtung der Gemeinschaft und die nötigen Instrumente, um die Politik des sozialen Ausgleichs in den Mitgliedstaaten voranzutreiben. Das Ziel muss ein soziales, gerechtes und nachhaltiges Europa sein. Für die Erreichung dieser Transformation braucht es auch neue Kompetenzen für die EU, denn sie ist oft schwerfällig in ihren Entscheidungen und agiert in vielen Bereichen zu zögerlich. Hier wäre es von entscheidender Bedeutung endlich das Prinzip der Einstimmigkeit im Rat abzuschaffen.

Die Klimaziele für eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 55 % und eine Klimaneutralität im Jahr 2050 sind ambitioniert und erfordern sofortige Maßnahmen. Die Ankündigung der US Biden-Administration den Treibhausgasausstoß bis 2030 zu halbieren, ist ein positives Signal, um die Pariser Klimaziele mittels einer gemeinsamen globalen Kraftanstrengung zu erreichen. Dafür braucht es entsprechende Investitionen. Im Europäischen Parlament konnten wir eine Einigung erzielen, sodass 17,5 Milliarden € für nachhaltige und sozialgerechte Investitionen in Europa zur Verfügung stehen. Die Erreichung der Klimaziele wird davon abhängig sein, ob man das verfügbare Budget für einen nachhaltigen Umbau der Industrie und Technologien nützen kann.

Aufgrund vieler Ereignisse hinsichtlich Desinformationen oder ausländischer Wahlbeeinflussung müssen wir künftig das Ziel stärker verfolgen, unsere Demokratie und den Rechtsstaat vor ausländischen Einflussnahmen und innereuropäischen Angriffen zu wahren. Die aktuelle Politik in Ungarn sowie tägliche Angriffe auf die Justiz in Österreich sind ernstzunehmende Warnsignale.

- Warum sind in der EU noch immer undemokratische Länder?

Im vergangenen Jahr verweigerten Ungarn und Polen mehrere Wochen die Zustimmung zur Verknüpfung von Covid19-Finanzhilfen mit der Einhaltung von Rechtsstaatsprinzipien. In

Anbetracht, dass die großen Verlierer*innen der Blockade die eigenen Bürger*innen sind, braucht es hier dringenden Reformbedarf. Die EU muss den Mut haben, härter gegen undemokratische Mitgliedstaaten vorzugehen. Ein wichtiges Instrument gegen einzelne Blockierer wäre das Einstimmigkeitsprinzip auf ein demokratisches Mehrheitsprinzip zu ändern. Im Europäischen Parlament haben wir beschlossen, dass Zahlungen an Mitgliedstaaten aus dem EU-Haushalt zurückgehalten werden, wenn Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit festgestellt werden. Außerdem muss man sagen, dass die Lage, wie zum Beispiel in Ungarn erst in den letzten Jahren so schlecht geworden ist. Früher, sprich beim Beitritt zur Europäischen Union, war die Situation in puncto Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit im Land besser.

- Wir haben Platz für Flüchtlinge – Aufteilungsfrage?

Die Bilder und Zustände aus dem Flüchtlingslager Moria sind nicht mit den europäischen Werten vereinbar. Als Europäische Union sind wir verpflichtet, die katastrophalen Zustände von geflüchteten Menschen in Europa zu beenden. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, endlich ihre Blockadehaltung für ein faires einheitliches europäisches Asylsystem aufzugeben und Lösungen auf den Tisch zu legen. Seit Jahren scheitern wir hier an einer tragfähigen Lösung, weil eine kleine Gruppe unwilliger Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, alle Versuche für ein gemeinsames Vorgehen ins Leere laufen lässt. Es braucht menschenwürdige Unterbringungen und faire und schnelle Asylverfahren. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Asylsystem, das Grund- und Menschenrechte garantiert und von allen Mitgliedstaaten eingehalten wird.

Außerdem dürfen wir als solidarische Europäische Union einzelne Mitgliedstaaten nicht im Stich bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen lassen. Die EU-Staaten an den Außengrenzen können diese Herausforderung nicht alleine bewältigen und sind auf die Mithilfe aller anderen Mitgliedstaaten angewiesen, deshalb muss es jetzt endlich konstruktive Verhandlungen geben. Ein klares Bekenntnis zur Einhaltung der Menschenrechte und Genfer Flüchtlingskonvention müssen unsere Handlungsgrundlage bilden.

- Was sind die Aufgaben des Bundesrates?

Das österreichische Parlament besteht aus zwei parlamentarischen Kammern (National- und Bundesrat). Der Bundesrat fungiert als Vertretungskörper der Bundesländer auf Bundesebene.

Hinter diesem Zwei-Kammern-Prinzip steckt der Gedanke, dass ein demokratisches System laufend Gegenwichte im politischen Willensbildungsprozess braucht.

Gemeinsam mit dem Nationalrat übt der Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Der Bundesrat hat ein Einspruchsrecht gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates. Allerdings handelt es sich um ein aufschiebendes Veto, denn der Nationalrat ist in der Lage einen Einspruch des Bundesrats gegen einen seiner Beschlüsse durch Wiederholung dieses Beschlusses zu überwinden. Dennoch hat der Bundesrat in einigen Fällen auch ein absolutes Vetorecht. Im Kontext der Europäischen Union können keine Staatsverträge ohne Zustimmung des Bundesrates zustande kommen, durch die die vertraglichen Grundlagen der EU geändert werden.

Des Weiteren kann der Bundesrat auch eigene Gesetzesinitiativen einbringen. Ein Drittel seiner Mitglieder kann Gesetzesanträge an den Nationalrat stellen, die in der Folge den gesamten Prozess der Bundesgesetzgebung durchlaufen. Im Sinne des „Checks and Balances“ ist eine weitere wichtige Aufgabe des Bundesrats die parlamentarische Kontrolle.

- Wie werden die Abgeordneten zum EU-Parlament gewählt?

Im Jahr 1979 fand die erste Direktwahl des EU-Parlaments statt. Seitdem werden in einem Intervall von 5 Jahren die EU-Abgeordneten von den Bürger*innen ihres Mitgliedstaates gewählt. In jedem Mitgliedstaat wird eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern des Europäischen Parlaments gewählt. Die Anzahl an Sitzen variiert von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Der Verteilungsschlüssel der Sitze ist in den EU-Verträgen klar geregelt. Bei der letzten EU-Wahl im Jahr 2019 wurden 751 Europaabgeordnete ins EU-Parlament gewählt. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs wurden die Sitze auf 705 reduziert. Derzeit hat Österreich 19 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Die SPÖ stellt 5 Abgeordnete.

- Finden Sie alles gut an der EU (bzw. was nicht)?

Die Grundidee einer Europäischen Gemeinschaft ist wichtig, denn für die Lösung von globalen Herausforderungen braucht es eine starke und solidarische Union. Auf der globalen Bühne muss die EU mit einer Stimme sprechen und für die Einhaltung der Grund-, Freiheits- und Menschenrechte sowie Rechtsstaatlichkeit eintreten.

Die Europäische Union hat viele wichtige Verbesserungen seit ihrer Entstehung erzielt, wie zum Beispiel die Stärkung der Menschenrechte, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie den Schutz der Kinderrechte. Auch bei der Nichtdiskriminierung, der Verteidigung der

Meinungsfreiheit sowie der Bekämpfung von Rassismus konnte die Europäische Union wichtige Fortschritte erzielen.

Auch die Reisefreiheit und die Möglichkeit in anderen europäischen Ländern zu studieren, zu arbeiten und zu leben, gehören ebenfalls zu den Erfolgen der Europäischen Union.

Und was wir nicht vergessen dürfen, ist, dass die Europäische Union ein Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts ist. Leider wird dieser Grundgedanke aber durch Länder wie Ungarn oder Polen gefährdet. Das dürfen wir nicht zulassen und müssen hier gemeinsam dagegenhalten.

Negativ zu beurteilen, wäre aus meiner Sicht, dass die EU in ihren Entscheidungsfindungen noch zu zögerlich und schwerfällig handelt. Oftmals hat man auch den Eindruck, dass die EU fernab von den Bürger*innen existiert und schwer greifbar ist. Ein wichtiger Schritt ist Bürger*innen bei Entscheidungen der Europäischen Union stärker einzubinden.

Ebenfalls als störend empfinde ich, dass die EU oft als Mistkübel der Innenpolitik missbraucht wird. Einerseits werden die Erfolge der EU oftmals als eigene Meilensteine der nationalen Regierungen vermarktet und eigenes Versagen wird rasch auf die Europäische Union geschoben. Hier braucht es klare Mechanismen gegen solchen Populismus und ein stärkeres Bewusstsein für Eigenverantwortung. Klar ist, dass Herausforderungen, wie die Klimakrise, Flucht und Migration oder Steuerflucht nur gemeinsam auf europäischer Ebene bewältigt werden können.

- Wie stellen sie sich die EU und Österreichs Stellung in der EU in 10 bis 20 Jahren vor?

Ich hoffe, dass wir in 10 bis 20 Jahren, die leider wieder aufflammenden nationalen Egoismen in ihre Schranken gewiesen haben und das europäische Projekt der Solidarität und Gemeinsamkeit wieder im Vordergrund steht. Um dies zu erreichen und um die dringenden Fragen unserer Zeit zu lösen, müssen wir den Schwenk in der Europäischen Union jetzt einleiten. Das bedeutet ein härteres Auftreten gegenüber Staaten, die die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen treten. Das bedeutet, die Bürger*innen in Entscheidungen und in demokratische Prozesse besser einzubinden. Aber auch die Europäische Union sozialer, ökologischer und gerechter zu machen. Hier bietet ein europäischer Mindestlohn eine wichtige Grundlage, um sozioökonomische Ungleichheiten zu reduzieren, das Lohnniveau insgesamt zu steigern und Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen. Die Interessen der Menschen und nicht der Konzerne

müssen in Zukunft im Vordergrund stehen. Dazu müssen wir zu Steuergerechtigkeit gelangen, sodass große Unternehmen wie Amazon, Facebook oder Google auch ihren gerechten Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in Österreich brauchen wir rasch einen innenpolitischen Wandel, denn die derzeitige unrühmliche Rolle von Österreich in der Europäischen Union hat alleinig die türkis-grüne Bundesregierung zu verantworten. Die nationalen Alleingänge und permanenten Angriffe auf den Rechtsstaat schaden der Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten. In der Zukunft braucht es eine kooperative und proeuropäische österreichische Bundesregierung, die einerseits den sozialen Zusammenhalt stärkt und andererseits den Rechtsstaat vor Demokratiefeindlichkeit schützt.

BRG Graz Kirchengasse, Klasse 7d

Kontaktperson: bernhard.kogler-sobl@gym-kirchengasse.at, office@europify.at

- Gibt es einen Plan bzgl. künftiger Flüchtlingswellen?

Die Klimakrise und Instabilität in vielen Drittstaaten wird zu weiteren großen Herausforderungen der Migration führen. Daher braucht es einerseits effektive Maßnahmen, um die Ursachen für Flucht zu bekämpfen und andererseits ein humanes Asylsystem zu implementieren. Denn eines ist klar: die Bilder und Zustände aus dem Flüchtlingslager Moria sind nicht mit den europäischen Werten vereinbar.

Als Europäische Union sind wir verpflichtet, die katastrophalen Zustände von geflüchteten Menschen in Europa zu beenden. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, endlich ihre Blockadehaltung für ein faires einheitliches europäisches Asylsystem aufzugeben und Lösungen auf den Tisch zu legen. Seit Jahren scheitern wir hier an einer tragfähigen Lösung, weil eine kleine Gruppe unwilliger Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, alle Versuche für ein gemeinsames Vorgehen ins Leere laufen lässt. Es braucht menschenwürdige Unterbringungen und faire und schnelle Asylverfahren. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Asylsystem, das Grund- und Menschenrechte garantiert und von allen Mitgliedstaaten eingehalten wird.

Außerdem dürfen wir als solidarische Europäische Union einzelne Mitgliedstaaten nicht im Stich bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen lassen. Die EU-Staaten an den Außengrenzen können diese Herausforderung nicht alleine bewältigen und sind auf die Mithilfe aller anderen Mitgliedstaaten angewiesen, deshalb muss es jetzt endlich konstruktive Verhandlungen geben. Ein klares Bekenntnis zur Einhaltung der Menschenrechte und Genfer Flüchtlingskonvention muss unsere Handlungsgrundlage bilden.

- Wie verläuft die Verteilung der Impfstoffe in der EU?

Die Europäische Kommission hat in Absprache mit den Mitgliedstaaten eine Abnahmegarantie mit einzelnen Impfstoffherstellern vereinbart. Die Verteilung der Impfstoffe basiert auf einer Verteilungsquote, abhängig von der Bevölkerungszahl. Schöpft ein Land diese nicht aus, können andere EU-Staaten diese Mengen aufkaufen. Letztendlich resultiert der unterschiedliche Fortschritt in den letzten Monaten aus der Tatsache, dass manche Mitgliedstaaten ihr zugestandenes Kontingent voll ausgeschöpft haben. Wiederum andere Länder wie Bulgarien, Slowenien, Kroatien oder die Tschechische Republik nutzten nicht ihr ganzes Kontingent aus. Die gemeinsame EU-Impfstoffbeschaffung verhindert auch größere

Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten. Denn hier hätten kleinere Länder wie Österreich gegenüber großen Ländern wie Deutschland einen spürbaren Nachteil bei den Verhandlungen mit Pharmakonzernen.

- Warum hat Arten-/Klima-/Tierschutz keine höhere Priorität?

Die Bekämpfung des Klimawandels hat oberste Priorität. Daher braucht es konkrete Maßnahmen damit die EU bis zum Jahr 2030 seine CO₂-Emissionen bis zu 55 % senken kann und schließlich bis zum Jahr 2050 klimaneutral ist. Daher haben wir im Europäischen Parlament über das Klimagesetz abgestimmt. Dieses Klimagesetz ist die gesetzliche Grundlage für den Weg zur Klimaneutralität und beinhaltet die Einführung eines EU-Treibhausgasbudgets für nachhaltige Investitionen zur Reduktion von Emissionen und einen neuen wissenschaftlichen EU-Klimabeirat, der Kontrollbefugnisse gegenüber der EU-Kommission und Mitgliedstaaten hat. Das ist ein wichtiger Hebel, damit die Verpflichtungen auch tatsächlich eingehalten werden. Im Rahmen des Green Deals wird die EU-Kommission auch im Juli 2021 das umfassende Maßnahmenpaket „Fit for 55“ präsentieren. Ziel des Gesetzespaketes ist es die Klimaziele der EU zu erreichen. Ein wichtiger Teil des Pakets sind unter anderem die Etablierung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Dieser dient dazu, dass EU-Unternehmen trotz verschärften Klimaschutzanforderungen ihre Wettbewerbsfähigkeit am globalen Markt halten können.

Jährlich werden rund 1,4 Milliarden Tiere innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sowie aus der EU in Drittstaaten transportiert. Die seit 2007 geltende Verordnung über den Schutz der Tiere beim Transport reicht aber nicht aus, um das Tierleid im Rahmen dieser Transporte zu verhindern oder zumindest zu minimieren. Hier hat die EU definitiv viel zu lang weggesehen. Daher haben wir in einem gemeinsamen Brief mit 48 EU-Abgeordneten die portugiesische Ratspräsidentschaft aufgefordert konkrete Handlungen einzuleiten. Im Europäischen Parlament wurde ein eigener Sonderausschuss eingerichtet, um sich intensiver mit Tiertransporten zu beschäftigen. Mehr Informationen dazu kann man hier nachsehen: <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/anit/home/highlights>

Der Artenschutz muss ebenso höhere Priorität haben. Es braucht ein klares Bekenntnis auf allen Ebenen gegen den Einsatz von umwelt-und gesundheitsschädlichen Pestiziden. Denn insgesamt steht die Gefährdung der Gesundheit von Menschen, Umwelt und Tieren auf dem Spiel. Hier fordern wir als SPÖ-Delegation klare Bestimmungen gegen die Verwendung von Umweltgiften als auch gegen Importe von pestizidbelasteten Pflanzen in die EU. Neben der EU-Kommission

ist auch die österreichische Bundesregierung gefordert das bereits beschlossene Glyphosat-Verbot in Österreich rasch umzusetzen. Des Weiteren fordern wir auf EU-Ebene eine Forschungsstrategie für nachhaltige Alternativen von Umweltgiften.

- Wie ist der Alltag eines EU-Parlamentariers?

Das Europäische Parlament ist die einzige EU-Institution, die direkt von den Bürger*innen gewählt wird. Als Abgeordneter zum Europäischen Parlament vertrete ich ihre Interessen und wirke an der Gesetzgebung auf europäischer Ebene mit.

Durch das sehr internationale Umfeld, der sprachlichen und geografischen Vielfalt ist der Alltag sehr abwechslungsreich und spannend. Als Abgeordneter arbeitet man in unterschiedlichen thematischen Ausschüssen mit, in denen wir uns mit Gesetzesvorschlägen befassen, die nach Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Fraktionen im Rahmen der Plenartagungen verabschiedet werden. Bei den Plenartagungen kommen alle 705 Abgeordnete zusammen, um über europäische Gesetze abzustimmen und zu diskutieren. Die Plenartagungen finden 12-mal im Jahr in Straßburg statt. Des Weiteren beschäftigen wir uns mit aktuellen politischen Entwicklungen und Herausforderungen in Europa und weltweit, wie zum Beispiel dem Abbau der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, die Demonstrationen der Opposition in Weißrussland oder Arbeitnehmer*innenrechte in Fabriken in Bangladesch. So können wir Aufmerksamkeit erzeugen und die Themen auf die politische Agenda setzen. Außerdem kooperiere ich als EU-Abgeordneter für gemeinsame Anliegen in unterschiedlichen Inter- und Freundschaftsgruppen. Diese interfraktionellen Arbeitsgruppen dienen zum informellen Austausch, um wichtige Anliegen der Zivilgesellschaft voranzubringen und dafür eine breite fraktionsübergreifende Allianz zu bilden. Neben diesen Formaten gibt es auch noch die so genannten Delegationen. Dadurch wollen wir die Beziehungen zu Nicht-EU-Ländern vertiefen und verfolgen das Ziel, die Zusammenarbeit und den regelmäßigen Austausch zu stärken. In diesem Zusammenhang ist für mich der Westbalkan als Vorsitzender für die EU-Nordmazedonien Beziehungen eine besondere Herzensangelegenheit.

Als Bundesvorsitzender der Naturfreunde Österreich und begeisterter Outdoor-Sportler bin ich abseits von Brüssel auch in ganz Österreich unterwegs und darf mich mit vielen Menschen über ihre Anliegen und Verbesserungsvorschläge für die EU austauschen. Ebenso versuche ich über meine Social Media Kanäle einen Einblick in meine Arbeit und Europapolitik zu geben.

- Auf welcher Basis begegnet man Mitgliedern anderer Parteien im Parlament?

Die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen funktioniert oftmals sachlicher und kooperativer als in den nationalen Parlamenten. In den Ausschüssen werden die unterschiedlichen Fraktionspositionen eingebracht und diskutiert. Mit sachlichen Diskussionen werden Mehrheiten für Anträge gesucht und in Folge im Plenum abgestimmt. Grundsätzlich begegnet

man Mitgliedern anderer Fraktionen, die eine proeuropäische Haltung und nicht die Europäische Gemeinschaft zerstören wollen mit gegenseitigem Respekt.

- Was haben die einzelnen Fraktionen in der aktuellen Periode erreicht?

Im Bereich der Steuertransparenz haben wir Sozialdemokrat*innen in Europa einen Meilenstein erreicht. Nach vielen Monaten Verhandlungen konnte eine Einigung mit dem Europäischen Rat auf die Richtlinie über öffentliche, länderweise Konzernberichtsspflichten erreicht werden. Transparenz ist das effektivste Mittel für echte Steuergerechtigkeit und somit für eine umfassende Reform des europäischen Steuersystems. Somit müssen in Zukunft große multinationale Unternehmen offenlegen, wo sie Gewinne machen und wo sie Steuern bezahlen. Außerdem müssen Kennzahlen zur Belegschaft und zum Umsatz in jedem Land öffentlich zugänglich gemacht werden. Das gilt innerhalb der EU, aber auch für Länder, die auf den EU-Listen der Steueroasen geführt sind. Betroffen sind alle in der EU tätigen Unternehmen ab einem Jahresumsatz von 750 Millionen €.

Als EU-UK Berichterstatter im Europäischen Parlament konnte ich mit meinen sozialdemokratischen Kolleg*innen nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ein erfolgreiches Abkommen erreichen. Das Abkommen bildet einen rechtlichen Rahmen, um fairen Wettbewerb und Handel unter Wahrung unserer hohen EU-Standards zu sichern. Es ist die Grundlage für ein gutes Verhältnis und schwächt gleichzeitig die negativen Folgen für Beschäftigte, Umwelt und unsere Wirtschaft ab. Insgesamt war der Brexit ein großer historischer Fehler und die EU hat sich in den letzten Jahren stets um Schadensbegrenzung bemüht. Denn den Preis dafür bezahlen nicht konservative Millionär*innen, sondern die Schwächsten der Gesellschaft, die Hilfsarbeiter*innen, die Alleinerziehenden, die Paketboten und Essenslieferanten. Das ausverhandelte Handels- und Kooperationsabkommen ist unter den Rahmenbedingungen nun die beste verfügbare Option.

Auf Initiative der portugiesischen Ratspräsidentschaft fand im Mai ein Sozialgipfel in Porto statt. Man konnte sich auf einen gemeinsamen Aktionsplan einigen, das bis 2030 ein inklusiveres und sozialeres Europa ermöglichen soll. Die drei Kernziele des Aktionsplans beinhalten folgende Punkte:

- Mindestens 78 % der 20- bis 64-Jährigen sollten einer Beschäftigung nachgehen.
- Mindestens 60 % aller Erwachsenen sollten jedes Jahr an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen.
- Die Zahl der von Armut oder sozialen Ausgrenzung bedrohten Menschen sollten um mindestens 15 Millionen verringert werden, darunter mindestens 5 Millionen Kinder.

- Wieso lässt sich die FPÖ in ein Parlament wählen, das sie eigentlich abschaffen wollen?

Es wäre besser, diese Frage direkt an die Vertreter*innen der FPÖ zu stellen. Ich für meinen Teil finde, dass mit keinen konstruktiven Beiträgen von der FPÖ und ihren Freund*innen im Europäischen Parlament zu rechnen ist. Vielmehr sehe ich die Gefahr, dass diese Parteien, rechts der Mitte, das Ziel verfolgen die Europäische Union von innen zu zerstören und sie zu diskreditieren. Die Konsequenz ist beispielsweise der Austritt von Großbritannien, die einen großen Schaden für die Mehrheit der britischen Bevölkerung anrichtet. Anstatt an Europa mitzuarbeiten, füllen die Freund*innen der FPÖ wie Marine Le Pen mit Veruntreuung von EU-Geldern ihre eigenen Taschen voll.

Ein wichtiger Schritt wäre, dass die EU an Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Bürger*innen dazugewinnt, um proeuropäische Mehrheiten im Europäischen Parlament zu ermöglichen.

- Werden die Klimaziele erreicht werden?

Die Klimaziele für eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 55 % und eine Klimaneutralität im Jahr 2050 sind ambitioniert und erfordern sofortige Maßnahmen. Die Ankündigung der US Biden-Administration den Treibhausgasausstoß bis 2030 zu halbieren ist ein positives Signal, um die Pariser Klimaziele mittels einer gemeinsamen globalen Kraftanstrengung zu erreichen. Dafür braucht es entsprechende Investitionen. Im Europäischen Parlament konnten wir eine Einigung erzielen, sodass 17,5 Milliarden € für nachhaltige und sozialgerechte Investitionen in Europa zur Verfügung stehen. Die Erreichung der Klimaziele wird davon abhängig sein, ob man das verfügbare Budget für einen nachhaltigen Umbau der Industrie und Technologien nützen kann.

- Wie entwickelt sich die EU bezüglich der Mitgliedstaaten? (Neuzugänge, mögliche Abgänge)

Der Westbalkan ist für die europäische Integration und Perspektive eine wichtige Region. Seit geraumer Zeit sind die Fortschritte durch notwendige demokratische und wirtschaftliche Reformen am Westbalkan erkennbar. Daher dürfen manche Mitgliedstaaten bei den Beitrittsverhandlungen nicht weiter auf die Bremse steigen. Zum Beispiel hat Bulgarien den Beitrittsprozess von Nordmazedonien lange aus nationalistischen Gründen torpediert. Es darf nicht sein, dass andere EU-Länder das Recht auf Selbstbestimmung aushebeln. Einen ersten Meilenstein konnte man vergangenes Jahr im März erreichen. Denn eine politische Einigung

über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien konnte im Europäischen Rat erreicht werden.

Im März 2021 wurde im Europäischen Parlament über die Fortschrittsberichte für Albanien, Nordmazedonien und Kosovo abgestimmt. Als Europäisches Parlament konnten wir ein wichtiges Signal an den Westbalkan sowie den Europäischen Rat senden, die EU-Beitrittsgespräche nicht länger zu verzögern. Ein rascher EU-Beitritt wäre gerade für junge Menschen am Westbalkan ein wichtiges Zeichen.

Der Brexit und seine Folgen für die Mehrheit der UK-Bürger*innen ist ein beispielloses Exemplar dafür, dass Austritte in der Zukunft zu vermeiden sind. Denn den Preis dafür bezahlen nicht konservative Millionär*innen, sondern die Schwächsten der Gesellschaft, die Hilfsarbeiter*innen, die Alleinerziehenden, die Paketboten und Essenslieferanten.

- Wie arbeiten die verschiedenen Mitglieder der Parteien zusammen?

Die Europäischen Abgeordneten aus den verschiedensten Fraktionen arbeiten in den thematischen Ausschüssen intensiv zusammen. In diesen Ausschüssen wird über vorgelegte Gesetzesvorschläge diskutiert. Des Weiteren werden Änderungsanträge zu Berichten eingebracht, die im Anschluss im Plenum abgestimmt werden. Die unterschiedlichen Inter- und Freundschaftsgruppen dienen zum informellen Austausch, um wichtige Anliegen der Zivilgesellschaft voranzubringen.

GRG 3 Hagenmüllergasse Wien, Klassen 6 b und 6c

Kontaktperson: edith.marianovic@grg3.at, office@europify.at

- Welche Maßnahmen werden zum Klimawandel geplant – was passiert konkret?

Die Klimaziele für eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 55 % und eine Klimaneutralität im Jahr 2050 sind ambitioniert und erfordern sofortige Maßnahmen. Die Ankündigung der US Biden-Administration den Treibhausgasausstoß bis 2030 zu halbieren ist ein positives Signal, um die Pariser Klimaziele mittels einer gemeinsamen globalen Kraftanstrengung zu erreichen. Dafür braucht es entsprechende Investitionen. Im Europäischen Parlament konnten wir eine Einigung erzielen, sodass 17,5 Milliarden € für nachhaltige und sozialgerechte Investitionen in Europa zur Verfügung stehen. Die Erreichung der Klimaziele wird davon abhängig sein, ob man das verfügbare Budget für einen nachhaltigen Umbau der Industrie und Technologien nützen kann.

- Wie wird die EU im Jahr 2035 aussehen?

Ich hoffe, dass wir im Jahr 2035 die leider wieder aufflammenden nationalen Egoismen in ihre Schranken gewiesen haben und das europäische Projekt der Solidarität und Gemeinsamkeit wieder im Vordergrund steht. Um dies zu erreichen und um die dringenden Fragen unserer Zeit zu lösen, müssen wir den Schwenk in der Europäischen Union jetzt einleiten. Das bedeutet ein härteres Auftreten gegenüber Staaten, die die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen treten. Das bedeutet, die Bürger*innen in Entscheidungen und in demokratische Prozesse besser einzubinden. Aber auch die Europäische Union sozialer, ökologischer und gerechter zu machen. Hier bietet ein europäischer Mindestlohn eine wichtige Grundlage, um sozioökonomische Ungleichheiten zu reduzieren, das Lohnniveau insgesamt zu steigern und Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen. Die Interessen der Menschen und nicht der Konzerne müssen in Zukunft im Vordergrund stehen. Dazu müssen wir zu Steuergerechtigkeit gelangen, sodass große Unternehmen wie Amazon, Facebook oder Google auch ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in Österreich brauchen wir rasch einen innenpolitischen Wandel, denn die derzeitige unrühmliche Rolle von Österreich in der Europäischen Union hat alleinig die türkis-grüne Bundesregierung zu verantworten. Die nationalen Alleingänge und permanenten Angriffe auf den Rechtsstaat schaden der Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten. In der Zukunft braucht es eine kooperative und proeuropäische österreichische Bundesregierung, die einerseits den sozialen Zusammenhalt stärkt und andererseits den Rechtsstaat vor Demokratiefeindlichkeit schützt.

- Wie kommt man auf die Idee noch mehr Nettoempfänger aufzunehmen, wenn Nettozahler austreten (UK)?

Die Grundidee der Europäischen Union ist eine solidarische Gemeinschaft. Die Aufnahme in die Europäische Union unterliegt strengen Kriterien wie zum Beispiel ökonomische und demokratische Mindeststandards. Aus den Folgen der finanziellen Unterstützung von ökonomisch schwächeren Mitgliedstaaten profitiert letztendlich die gesamte Europäische Union. Viel wichtiger sind die gemeinsamen Zukunftsaufgaben. Die Europäische Union stellt für alle Mitgliedstaaten öffentliche Güter bereit, die auch für Nettozahler einen großen Mehrwert haben. Denn gemeinsame Fortschritte in der europäischen Sicherheitspolitik, Außen- und Entwicklungspolitik verstärken das Gewicht und den Einfluss aller Mitgliedstaaten auf der globalen Ebene. Außerdem erreichen Mitgliedstaaten mehr in Sachen Klimaschutz- und Umweltpolitik, wenn sie gemeinsam auftreten, als wenn jedes Land seine eigene Suppe kocht.

Die gemeinsame EU-Impfstoffbeschaffung verhindert auch größere Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten. Denn hier hätten kleinere Länder wie Österreich gegenüber großen Ländern wie Deutschland einen spürbaren Nachteil bei den Verhandlungen mit Pharmakonzernen. Hinsichtlich nachhaltigen Investitionen in Forschung und Innovation schafft die EU ebenso mehr Reichweite, wenn sie gemeinsam getätigt werden.

- Welches Ziel verfolgen Sie persönlich als EU-Abgeordnete/r?

Drei Politikbereiche sind für mich besonders wichtig: Verteilungsgerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Klimaneutralität. Wir brauchen dringend Reformen, um ein soziales und nachhaltiges Europa zu schaffen. Dieses Europa muss im Interesse der Menschen handeln und darf nicht Konzerninteressen unterliegen. Die Konferenz der Zukunft Europas ist ein guter Zeitpunkt, um den Weg für eine Sozialunion zu ebnen. In einem breiten Bürger*innendialog sollen die wichtigsten Zukunftsthemen eruiert werden. Insgesamt muss das Ziel ein soziales Europa der Verteilungsgerechtigkeit sein.

Außerdem müssen wir Investitionen in nachhaltige Technologien und Arbeitsplätze tätigen, um die Pariser Klimaziele bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Das Pariser Klimaabkommen soll dafür sorgen, dass die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit beschränkt wird.

Die Konflikte innerhalb Europas und die Einflussnahme von ausländischen Regierungen müssen mit großer Sorgfalt beobachtet werden. Die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind ein hohes Gut. Die Angriffe auf den Rechtsstaat und Minderheiten müssen gestoppt werden und effektive Schutzmechanismen sind essentiell.

- Sehen Sie eine Zukunft im EU-Bündnis?

Wir müssen die Konferenz zur Zukunft Europas als echte Chance wahrnehmen, um eine Richtungsänderung herbeizuführen. Wir können diese Plattformen nutzen, um die großen, drängenden Probleme in Angriff zu nehmen. Gerade angesichts der Pandemie-Krise ist die Spaltung Europas in Arm und Reich noch dramatischer geworden. Dementsprechend brauchen wir eine sozialere Ausrichtung der Gemeinschaft und die nötigen Instrumente, um die Politik des sozialen Ausgleichs in den Mitgliedstaaten voranzutreiben. Das Ziel muss ein soziales, gerechtes und nachhaltiges Europa sein. Für die Erreichung dieser Transformation braucht es auch neue Kompetenzen für die EU, denn sie ist oft schwerfällig in ihren Entscheidungen und

agiert in vielen Bereichen zu zögerlich. Hier wäre es von entscheidender Bedeutung endlich das Prinzip der Einstimmigkeit im Rat abzuschaffen. Daher wird die Zukunft im EU-Bündnis ein Stück davon abhängen, ob wir das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit für die richtigen Zukunftsthemen bei den Bürger*innen gewinnen können.

GRG 21 – Ödenburgerstraße Wien, Klasse 5a

Kontaktperson: kit@grg21oe.at, office@europify.at

- Wie geht es weiter mit den Lockdowns, Maturanten, etc.?

Die Pandemie war besonders für junge Menschen eine große Belastung. Die jetzige Situation und weitere Entwicklung in Anbetracht von Mutationen müssen genau beobachtet werden. Die Entscheidung über notwendige Lockdowns muss immer in enger Absprache mit Virolog*innen und Expert*innen vorgenommen werden. Bis zum Herbst ist es wichtig, möglichst viele junge Menschen geimpft zu haben.

- Möchte die EU bezüglich der Müllproblematik in Grönland (Chemcenturies) eingreifen?

Ein großes Problem ist, dass in Grönland nur ein Viertel des gefährlichen Sondermülls korrekt recycelt wird. In Folge landet ein Großteil des gefährlichen Abfalls in den Verbrennungsanlagen Grönlands. Das hat katastrophale Auswirkungen auf das Weltklima und die Gesundheit der Menschen, denn durch die Verbrennung dieses Sondermülls werden giftige Chemikalien in die Umwelt freigesetzt. Hinzu kommt das in einer weitgehend mit Eis bedeckten und niedrig besiedelten Region wie Grönland das Abfallmanagement sehr ineffizient arbeitet.

Im Europäischen Parlament haben wir die EU-Kommission aufgefordert, die Kreislaufwirtschaft stärker anzukurbeln. In einem Aktionsplan haben wir das Recht auf Reparatur eingefordert mit zusätzlichen Anforderungen für ressourcenschonendes und recyclebares Material. Gleichzeitig soll mit dieser Maßnahme auch die Abfallmenge in der Europäischen Union reduziert werden.

- Was können Sie machen, was dürfen Sie und welche Ziele haben Sie für die nächsten Jahre/was wollen Sie erreichen?

Drei Politikbereiche sind für mich besonders wichtig: Verteilungsgerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Klimaneutralität. Wir brauchen dringend Reformen, um ein soziales und nachhaltiges Europa zu schaffen. Dieses Europa muss im Interesse der Menschen handeln und darf nicht Konzerninteressen unterliegen. Die Konferenz der Zukunft Europas ist ein guter Zeitpunkt, um den Weg für eine Sozialunion zu ebnen. In einem breiten Bürger*innendialog sollen die wichtigsten Zukunftsthemen eruiert werden. Insgesamt muss das Ziel ein soziales Europa der Verteilungsgerechtigkeit sein.

Außerdem müssen wir Investitionen in nachhaltige Technologien und Arbeitsplätze tätigen, um die Pariser Klimaziele bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Das Pariser Klimaabkommen soll dafür sorgen, dass die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit beschränkt wird.

Die Konflikte innerhalb Europas und die Einflussnahme von ausländischen Regierungen müssen mit großer Sorgfalt beobachtet werden. Die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind ein hohes Gut. Die Angriffe auf den Rechtsstaat und Minderheiten müssen gestoppt werden und effektive Schutzmechanismen sind essentiell.

Des Weiteren müssen wir die Konferenz zur Zukunft Europas als echte Chance wahrnehmen eine Richtungsänderung herbeizuführen. Wir können diese Plattformen nützen, um die großen, brennenden Probleme in Angriff zu nehmen. Gerade angesichts der Pandemie-Krise ist die Spaltung Europas in Arm und Reich noch dramatischer geworden. Dementsprechend brauchen wir eine sozialere Ausrichtung der Gemeinschaft und die nötigen Instrumente, um die Politik des sozialen Ausgleichs in den Mitgliedstaaten voranzutreiben. Für die Erreichung dieser Transformation braucht es auch neue Kompetenzen für die EU, denn sie ist oft schwerfällig in ihren Entscheidungen und agiert in vielen Bereichen zu zögerlich. Hier wäre es von entscheidender Bedeutung endlich das Prinzip der Einstimmigkeit im Rat abzuschaffen.

GRG 21 – Ödenburgerstraße Wien, Klasse 6c

Kontaktperson: kit@grg21oe.at, office@europify.at

- Was genau macht man als EU-Parlamentarier?

Das Europäische Parlament ist die einzige EU-Institution, die direkt von den Bürger*innen gewählt wird. Als Abgeordneter zum Europäischen Parlament vertrete ich ihre Interessen und wirke an der Gesetzgebung auf europäischer Ebenen mit.

Durch das sehr internationale Umfeld, der sprachlichen und geografischen Vielfalt ist der Alltag sehr abwechslungsreich und spannend. Als Abgeordneter arbeitet man in unterschiedlichen thematischen Ausschüssen mit. In den Ausschüssen befassen wir uns mit Gesetzesvorschlägen, die nach Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Fraktionen im Rahmen der Plenartagungen verabschiedet werden. Bei den Plenartagungen kommen alle 705 Abgeordnete zusammen, um über europäische Gesetze abzustimmen und zu diskutieren. Die Plenartagungen finden 12-mal im Jahr in Straßburg statt. Des Weiteren beschäftigen wir uns mit aktuellen politischen Entwicklungen und Herausforderungen in Europa und weltweit, wie zum Beispiel dem Abbau der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, die Demonstrationen der Opposition in Weißrussland oder Arbeitnehmer*innenrechte in Fabriken in Bangladesch. So können wir Aufmerksamkeit erzeugen und die Themen auf die politische Agenda setzen. Außerdem kooperiere ich als EU-Abgeordneter für gemeinsame Anliegen in unterschiedlichen Inter- und Freundschaftsgruppen. Diese interfraktionellen Arbeitsgruppen dienen zum informellen Austausch, um wichtige Anliegen der Zivilgesellschaft, voranzubringen und dafür eine breite fraktionsübergreifende Allianz zu bilden. Neben diesen Formaten gibt es auch noch die so genannten Delegationen. Dadurch wollen wir die Beziehungen zu Nicht-EU-Ländern vertiefen und verfolgen das Ziel, die Zusammenarbeit und den regelmäßigen Austausch zu stärken. In

diesem Zusammenhang ist für mich der Westbalkan als Vorsitzender für die EU-Nordmazedonien Beziehungen eine besondere Herzensangelegenheit.

Als Bundesvorsitzender der Naturfreunde Österreich und begeisterter Outdoor-Sportler bin ich abseits von Brüssel auch in ganz Österreich unterwegs und darf mich mit vielen Menschen über ihre Anliegen und Verbesserungsvorschläge für die EU austauschen. Ebenso versuche ich über meine Social Media Kanäle einen Einblick in meine Arbeit und Europapolitik zu geben.

- Was muss man (jetzt schon) machen, um später mal EU-Parlamentarier zu werden?

Eine wichtige Eigenschaft, die man als EU-Parlamentarier mitbringen sollte, ist der Wille und die Motivation für Verbesserungen und Veränderungen. Die klare Vision von einem sozialen und verteilungsgerechten Europa hat mir auf diesem Weg stets die Richtung vorgegeben. Ich setze mich seit jeher für eine gemeinschaftliche, solidarische, Europäische Union ein, in der der Mensch im Fokus steht und nicht Konzerne, die Märkte und Profitmaximierung.

Politisches Engagement bereits in frühen Jahren ist natürlich auch sehr hilfreich, wenn man eine politische Karriere anstrebt. Man kann sich bereits als Schüler*in politisch einbringen und organisieren. Neben der Mitarbeit in zahlreichen Vereinen, kann man sich auch bildungspolitisch bei der Aktion kritischer Schüler*innen (AKS) engagieren und für ein gerechtes Bildungssystem kämpfen oder bei der Sozialistischen Jugend mitarbeiten.

- Wie stellt er sich die EU im Jahr 2035 vor (Zukunftsbild)?

Ich hoffe, dass wir im Jahr 2035 die leider wieder aufflammenden nationalen Egoismen in ihre Schranken gewiesen haben und das europäische Projekt der Solidarität und Gemeinsamkeit wieder im Vordergrund steht. Um dies zu erreichen und um die dringenden Fragen unserer Zeit zu lösen, müssen wir den Schwenk in der Europäischen Union jetzt einleiten. Das bedeutet ein härteres Auftreten gegenüber Staaten, die die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen treten. Das bedeutet, die Bürger*innen in Entscheidungen und in demokratische Prozesse besser einzubinden. Aber auch die Europäische Union sozialer, ökologischer und gerechter zu machen. Hier bietet ein europäischer Mindestlohn eine wichtige Grundlage, um sozioökonomische Ungleichheiten zu reduzieren, das Lohnniveau insgesamt zu steigern und Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen. Die Interessen der Menschen und nicht der Konzerne müssen in Zukunft im Vordergrund stehen. Dazu müssen wir zu Steuergerechtigkeit gelangen, sodass große Unternehmen wie Amazon, Facebook oder Google auch ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in Österreich brauchen wir rasch einen innenpolitischen Wandel, denn die derzeitige unrühmliche Rolle von Österreich in der Europäischen Union hat alleinig die türkis-grüne Bundesregierung zu verantworten. Die nationalen Alleingänge und permanenten Angriffe auf den Rechtsstaat schaden der Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten. In der Zukunft braucht es eine kooperative und proeuropäische österreichische Bundesregierung, die einerseits den sozialen Zusammenhalt stärkt und andererseits den Rechtsstaat vor Demokratiefeindlichkeit schützt.

- Wie ist der Umgang mit verschiedenen Staatschefs? / Wie sind sie als Personen (nicht nur die politische Fassade, sondern persönlich)?

Ein wesentlicher Punkt ist, dass Staatschef*innen letztendlich auch Menschen sind. Daher gibt es wie in jedem sozialem Umfeld Menschen, die einem sympathischer erscheinen als andere. Gleichzeitig kann man mit einigen Persönlichkeiten besser zusammenarbeiten als mit anderen. Im Großen und Ganzen ist es natürlich immer aufregend, Staats- und Regierungschefs wie zum Beispiel den damaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton zu treffen.

- Wie ist es ständig zw. Straßburg und Brüssel zu pendeln?

12-mal im Jahr finden die Plenartagungen in Straßburg statt. Diese monatliche Anreise ist mit viel Anstrengung und enormen Aufwand verbunden. Denn abgesehen von den Kosten, verursacht das regelmäßige Umziehen enorme CO₂-Mehrbelastungen. Die Stadt steht stellvertretend als Symbolbild für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich und ist damit auch Grundpfeiler der europäischen Einigung. Dennoch gibt es sinnvollere Möglichkeiten zur Würdigung als die allmonatlichen Wanderungen des gesamten Europäischen Parlaments.